

Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis

In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl Thurmann



Druck und Verlag
E. Thurmans Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 gelbste Zeile oder deren Raum berechnet und bis mittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeiten

Nr. 71

Fernsprecher

Dienstag, den 19. Juni 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 18. Juni 1928.

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg hat an den Schwedischen König ein Glückwunschtelegramm zur Vollendung des 70. Lebensjahres gerichtet.
— Die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung werden am Montag mit neuen internationalen Beziehungen fortgesetzt.
— Der deutsche Generalstab beim Rüstungsaußenrat von Venedig hat gegen die Vorführung des Marschallins Beschlüssen erhoben.
— Der König von Schweden feierte seinen 70. Geburtstag.
— Staatssekretär Kellogg beschäftigt, eine neue Note über den Kriegszustandspakt an die beteiligten Mächte zu richten.
— Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Kellogg, und der baltische Gesandte haben in Washington einen Schiedsvertrag unterzeichnet.
— Das vom Major Maddalena geführte italienische Wasserflugzeug hat über dem Kanal von Venedig einen ersten Versuch und mußte nach Badose zurückgeschleppt werden.
— Neue Wohnverträge in der Umgebung von Hamburg laufen auf das Vorhandensein von bedeutenden Erdgasvorkommen ab.
Am 26. Juni treffen in Hamburg 400 Mitglieder des New Yorker Wandervogels Vereins „Kochschiff“ ein, die eine mehrtägige Vergnügungsfahrt nach Europa unternehmen.
— In Hannover hat ein Arbeiterstreik flossatenden, an dem schätzungsweise 60 000 Personen teilgenommen haben.
— Auf der Eisenbahnlinie Warschau—Kattowitz wurden drei hundert hundert Streckenarbeiter überfahren und getötet.

Wetterwarten auf Eischollen.

Unter dem Vorsitz Fritz Hofmann trat die Internationale Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis in Leninograd — den früheren Petersburg — am Montag zu einer bedeutenden Sitzung zusammen. Am Laufe des Sonnabends und Sonntags trafen führende Wissenschaftler und Luftfahrer aus allen größeren Ländern ein, gehören doch 20 Kulturstaaten der Studiengesellschaft an. Deutschland ist durch die Professoren Wegener und Berzon sowie Major a. D. Hildebrandt vertreten.
Für Deutschland ist der Kongress in Leninograd von besonderem Interesse. Man wird nicht nur über meteorologische und geographische Fragen reden, sondern will auch Vorarbeit für die 1929 geplante Polar-Expedition mit dem im Bau befindlichen neuen Zepellinfluggerät leisten. Bei der Einberufung des Kongresses dachte man auch daran, sich den Vorkursus des Polarschiffes zu machen und die dabei gewonnenen Erfahrungen auszuwerten. Leider hat das Schicksal einen Streich durch diese Rechnung gemacht und Möbils mit seinen Begleitern zu einem wochenlangen Aufenthalt auf den Eischollen der Nordpolzone verurteilt.
Wenn man trotz des traurigen Ausgangs der „Stalla“-Expedition und trotz der Ungewißheit, die auch heute noch über das endgültige Schicksal der „Stalla“-Besatzung besteht, daran geht, neue Expeditionen vorzubereiten, so hat das gewichtige Gründe. Die Flüge nach dem Nordpol sind nicht vom Meteorsturz betroffen, sollen nicht sportliche Vorhaben bringen, wohl aber wissenschaftliche Ergebnisse liefern. Es ist heute nicht mehr zweifelhaft, daß sichere Wettervorhersagen auf längere Sicht nicht eher möglich sind, bis man eine Kontrolle über die Meeresströmungen, Windrichtungen und Nebelbänke der Arktis ausübt. Im Gegensatz zu früheren Zeiten steht die Wissenschaft heute auf dem Standpunkt, daß die Wettergestaltung der nördlichen Erdhölfe nicht von den tropischen Zonen beeinflusst wird, sondern von den Verhältnissen am Nordpol.

Die Kontrolle der Arktis, die heute noch sehr unklar ist, stellt die Wissenschaft vor schwierigsten Aufgaben; und die Hemmnisse, die die Technik zu überwinden hat, sind nicht minder groß. Eine Nation kann den Anforderungen, die die Erschließung der Polzone stellt, nicht genügen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die maßgebenden Mächte sich in der Internationalen Studiengesellschaft zu einem einheitlichen und gemeinsamen Vorhaben zusammenschließen haben. Die Kosten werden dadurch befristet, daß einmal jedes Land entsprechend seiner Bevölkerungsgröße einen jährlichen Beitrag leistet.
Zur Durchführung der Pläne sollen zunächst mit dem „Graf Zeppelin“ von der Ostküste Kola aus zwei Vorkursfahrten unternommen werden; ein zweites Luftschiff stellen die Vereinigten Staaten zur Verfügung. Hand in Hand mit den Polarfahrten sollen die Wetterstationen weiter nach Norden vorgeschoben werden, und schließlich beschäftigt man auch, durch die Luftschiffe Wetterwarten auf Eischollen zu errichten. Jede Station erhält sechs Beobach-

tingsmannschaften, die mit Funkgeräten, Waffen und wissenschaftlichen Instrumenten ausgestattet werden, ferner eine größere Anzahl Hunde, Schützen und ausreichende Lebensmittelvorräte. Der Aufenthalt auf den treibenden Eischollen soll zwei Jahre betragen; wenn Not am Manne ist, will man den Expeditionen mit Flugzeugen zu Hilfe kommen.

Obwohl ein zweijähriger Aufenthalt auf einer Eischolle ganz gewiß mit einer Fülle von Unannehmlichkeiten verbunden und von Gefahren nicht frei ist, liegen trotzdem schon jetzt genügend Anreize für die Teilnahme an den Expeditionen vor. Bei der Auswahl muß eine strenge Prüfung Platz greifen. Wenn die Wetterwarten auf den Eischollen ihren Zweck erfüllen sollen, müssen die Beobachtungsmannschaften hohen wissenschaftlichen Anforderungen genügen, außerdem aber auch gegen Wind und Wetter gefestigt sein und sich ihrer Haut gegen die Eisbären des Polarmeeres zu wehren wissen. Eine andere Gefahr, die nicht leicht genommen werden darf, ist die, daß die Eischollen bei den gewaltigen Breisungen zerdrückt werden, Spalten bilden oder gar bersten. Notfalls kann die Expedition vor der Katastrophe rechtzeitig von einer Scholle zur anderen überwechseln. Was aber dann, wenn eine plötzliche Spaltenbildung eintritt und den Teil der Scholle betrifft, auf dem die Lebensmittel und Geräte liegen?

Alles das beweist, daß der Kampf um die Kontrolle der Arktis große Anstrengungen erfordert und nicht von heute auf morgen ausgeführt werden kann. Gelingt es uns, nach längerer Arbeit einen Erfolg zu erzielen, eine lückenlose Kontrolle der Arktis durchzuführen, dann können wir zwar auch so nicht verhindern, daß uns im Sommer unzeitgemäße Räte und im Winter unprogrammiertes warmes Regenwetter beglückt, wohl aber können wir Einblicke in die Gesetzmäßigkeit der Wetterbildung erlangen und Wettervorhersagen geben, die tatsächlich zutreffen und die deshalb auch für die Wirtschaft von größter Bedeutung sind.

Ein Dementi das feins ist.

Mitglied der Abschlagskommission zur Zalestis-Rede. Warschauer Angelegenheit in der Räumungsfrage. — Polen konstatiert Revisionen.

Der polnische Außenminister Zaleski ist von Paris über Brüssel und Berlin nach Warschau zurückgekehrt. In Genen benutzte ein Journalist die Gelegenheit, um sich an maßgebende polnische Stellen über die letzten Messungen Zaleskis in der Räumungsfrage zu unterrichten. Politischerweise entscheidendste man das schlechte Urteil, das die Ausführenden Zaleskis in Deutschland ausgesprochen haben, damit, daß die Rede in entstellter Form verbreitet worden sei. Die Worte „Ameinland“ und „Räumung“ habe der polnische Außenminister nicht ein einziges Mal erwähnt. Er habe nur beiseiden bemerkt, Polens Außenpolitik sei durch

Wahrung der Garantien der Friedensverträge bedingt, die die territoriale Unverletzlichkeit des polnischen Staates verbürgen.

Im wesentlichen entfällt der polnische Abschlagsbericht folgende Ausführungen:

Die Ideen einer Vertragsänderung auf territorialem Gebiet bilden eine große Gefahr für die Weltfriede Europas. Diejenigen, die sich zu Unmitten der Veränderung der durch den Friedensvertrag festgelegten Ordnung machen, sind Feinde der Verträge und der polnischen Alliierten. Ein Bezugs auf diese schmerzlichen Punkte ohne entsprechende, wichtige Gegenleistungen kann Polen nicht gleichgültig sein. Wenn man mit den allgemeinen Ausführungen Zaleskis das Problem der Rheinländerdämmung in Zusammenhang bringt, so ist der polnische Standpunkt der, daß an der Frage der Räumung des besetzten Gebietes Polen als Kontrahent des Versailles-Vertrages in sehr erheblichem Maße beteiligt ist, daß also die Ausdrücke über die Rheinländerdämmung auch mit Polen, für das die Vorsehung einen Sicherheitsfaktor für die Ausführung der Friedensverträge darstellt, geknüpft werden müsse. Keinesfalls ist aber die polnische Regierung geneigt, gegen eine vorzeitige Rheinländerdämmung bei einmündigen den vollen wichtigen Gegenleistungen. Die polnische Regierung hat nach wie vor den aufrichtigen Willen, sich mit dem deutschen Nachbarstaat zu verständigen.

In Deutschland fordert das polnische „Dementi“ den gleichen Protest heraus, den Zaleskis Hefepanage bereits gefunden hat. Wenn wir die polnischen Bemühungen in Paris und Brüssel, auf internationale Fragen einen gewissen Einfluß zu erlangen, auch keineswegs traglos nehmen können, doch die Ausführungen über Polens angebliche Rechte, in der Räumungsfrage mitzureden, nicht unüberdroschen bleiben.

Die Räumung des Rheinlandes ist nicht von neuen deutschen Zugeständnissen abhängig, sondern von der Innehaltung eingegangener Verbindungen.

Sie ist fällig, weil Deutschland seit Jahr und Tag seinen Verpflichtungen nachkommt, wie Pariser Gibert in seinem letzten Zwischenbericht es neuerdings bestätigt — und das um so mehr, als Deutsch-

land in Vercarno alles getan hat, was es zur Festigung des europäischen Friedens tun konnte. Wenn Warschau trotzdem neue Kompensationen aus den bevorstehenden Räumungsverhandlungen herausziehen möchte, richtet es seine Angriffe direkt gegen das Wert von Vercarno, d. h. Polen tritt als Friedensstörer auf!

Ueber die polnische Rede in der Revision der Räumungsverträge ist nicht ewig; sie sind den Verhandlungen der Weltregierung unterworfen. Außerdem ist die Bewegung auf Abänderung der Verträge nicht mehr aufzuhalten: In London kämpft der Zeitungsbüro Lord Northmore für eine Revision des Vertrages von Trianon, und in Rom gefällig Mussolini von Zeit zu Zeit darin, die Revisionsmöglichkeit der Friedensverträge zu unterstreichen. Das sollte in Warschau zu denken geben. Daß die Vorkämpfer für eine erbliche Vertragsrevision, Feinde der polnischen Alliierten“ sind, ist wahr, aber doch nur deshalb, weil die polnischen Alliierten sämtlich gegen den Frieden gerichtet sind!

Eine englische Stimme gegen Zaleffi.

Die polnische Theorie kann von der britischen Regierung nicht angenommen werden, und es ist unwahrscheinlich, das sofort klar zu machen.

Die liberale englische Zeitung „Nation“ beschäftigt sich mit Zaleskis Erklärungen in Paris und führt aus: Zaleskis Feststellung, daß das Rheinland nicht ohne polnische Zustimmung geräumt werden kann, beseitigt jeden Zweifel, daß die von ihm angegebene Politik die der französischen Regierung ist. Damit wird eine sehr ernste Lage geschaffen, mit anderen Worten: England ist gezwungen, in Wiesbaden zu bleiben, solange Polen der Ansicht ist, daß die Regelung für seine Sicherheit notwendig sei. Diese Theorie kann kaum von der britischen Regierung angenommen werden, und es ist unwahrscheinlich, daß sofort klar gemacht wird, daß sie nicht angenommen wird. Die Frage ist der Aufmerksamkeit des Interhanes wohl wert.

Demokraten und Wahlausfall.

Beschlüsse des Parteivorstandes. — Ausbau der Parteiorganisation. — Reingaltung des Wirtschaftsprogramms.

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei hielt in Berlin mehrstägige Besprechungen ab, die der Lage der Partei nach dem Wahlausfall anstehen. Als erste und notwendige Pflicht wurde anerkannt, daß jetzt alles darauf ankomme, den Parteibestand zu festigen und zu stärken. Mit vermehrter Kraft müsse an der Durchsetzung der demokratischen Gedanken und am Ausbau der Parteiorganisation gearbeitet werden. Zur Durchführung der Reorganisationsarbeiten abgehalten werden, ferner wurde die Einberufung des Parteiausführenden zum Frühjahr beschlossen. Ein Ausschuss wurde mit der Reingaltung des demokratischen Wirtschaftsprogramms beauftragt. Zu Mitgliedern dieses Ausschusses wurden die Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer, Lemmer, Meyer, Bernhardt und Frau Dr. Lüders gewählt; außerdem gehört auch der preussische Handelsminister Dr. Schreiber dem Ausschuss an.

General von Schoenich teilt der Presse mit, daß er wegen des Partes der wirren demokratischen Demokraten gegen seine Propaganda für die Kriegsdienstverweigerung aus der Demokratischen Partei ausgetreten ist. Der Austritt erfolgte bereits im Februar. Der Protest der wirren demokratischen Demokraten erfolgte, weil Schoenich seine Kriegsdienstverweigerungsaktion auch auf den Verteidigungsstreik ausdehnte.

Hoovers Präsidentenprogramm.

Eine Botschaft an den republikanischen Kongress. — Für den Ausbau der Wehrmacht.

Auf dem republikanischen Parteikongress in Kansas-City wurde eine Botschaft des Präsidentenwahlkandidaten Hoover verlesen, in der Hoover dem Parteiprogramm zustimmt und erklärt, daß er, falls er im November zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werde, seine Wahl als einen Auftrag der Wähler betrachten werde, die Wehrmacht auszubauen, den Außenhandel zu fördern, die amerikanischen Hilfsquellen zu erschließen, und die amerikanischen Arbeiter, Farmer und Geschäftsleute gegen die Konkurrenz zu schützen, die ihnen aus dem Ausland infolge der in manchen Ländern herrschenden weniger günstigen Lebensbedingungen drohe.

Zum Vizepräsidenten wurde Senator Curtiss-Kansas aufgestellt, der als Bindeglied zwischen Hoover und dem ihm nicht freundlich gesinnten Farmerblock gilt. Curtiss ist teilweise indianischer Abstammung und war in früheren Jahren Jockey.